



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

43. Sitzung (öffentlich)

18. Januar 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:50 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1	Gutachterliche Untersuchung „Evaluation des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen“	11
	Gespräch mit Jörg Beste (Synergon) Prof. Dr. Janbernd Oebbecke (Münster)	
	Vorlage 17/1044	

**2 Landesregierung muss Verantwortung für Geduldete übernehmen
und die Kommunen dauerhaft finanziell entlasten 41**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2550

Ausschussprotokoll 17/463

Der Ausschuss lehnt Ziffer 1 des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD ab.

Der Ausschuss lehnt Ziffer 2 des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss lehnt Ziffer 3 des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Sodann lehnt der Ausschuss den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

**3 Praxiserfahrung von Feuerwehrangehörigen stärken – dezentrale
Übungsgelände bereitstellen 46**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2398

Ausschussprotokoll 17/429

Der Ausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.

**4 Aktuelle Viertelstunde:
Reform der Grundsteuer 47**

Bericht der Landesregierung

- 5 Gesetz für einen qualitativen Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz 52**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3773
- Ausschussprotokoll 17/476
- Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf anzunehmen.
- 6 Kein Kahlschlag beim landesrechtlichen Mieterschutz: die Kappungsgrenzenverordnung muss verlängert werden 53**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4454
- Der Ausschuss kommt überein, das weitere Verfahren in einer Obleuterunde zu besprechen.
- 7 Gesetz für die Übergangsphase nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union des Landes Nordrhein-Westfalen (Brexitübergangsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen – BrexitÜG NRW) 54**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4351
- Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.
- 8 Nordrhein-Westfalen stellt die Weichen für die Mobilität der Zukunft 56**
- Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4447

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den Antrag anzunehmen.

- 9 Es ist fünf nach Zwölf! Wann wird die Landesregierung endlich kurzfristig wirksame Maßnahmen gegen die drohenden Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ergreifen? – Diesel-Hardware-Nachrüstung jetzt! 59**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4458

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

- 10 Frohe Weihnacht! In der Herberge war kein Platz: Die Landesregierung muss endlich ihre sozialpolitische Verantwortung für die Wohnungsver-sorgung der Bevölkerung übernehmen 61**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4457

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss pflichtig zu beteiligen.

- 11 Landesregierung muss einen Zukunftsplan für die Ganztags-schule vorlegen 62**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4456

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

12 Offensive für Studentisches Wohnen – NRW braucht ein Investitionsprogramm für die Studierendenwerke**63**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4453

Der Ausschuss kommt überein, sich am Gespräch des federführenden Wissenschaftsausschusses pflichtig zu beteiligen.

Der Ausschuss kommt überein, die noch ausstehenden Tagesordnungspunkte heute nicht mehr zu beraten, sondern gegebenenfalls auf eine andere Sitzung zu verschieben.

* * *

5 Gesetz für einen qualitativen Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3773

Ausschussprotokoll 17/476

Stefan Kämmerling (SPD) hält die sofortige Beitragsfreiheit aufgrund der zur Verfügung stehenden Mittel für möglich, sodass lediglich der politische Wille fehle. Der Gesetzentwurf enthalte zudem keine überzeugenden Maßnahmen zur Gewinnung von Fachkräften.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) hält die Weiterleitung der Mittel auch weiterhin für erforderlich, um die Strukturen der Kindertagesstätten aufrechtzuerhalten. Offensichtlich sollten allerdings die kirchlichen und die Wohlfahrtsverbände für die Politik der Landesregierung keine Rolle mehr spielen, zumal sich ein FDP-Fachminister für eine breite und bunte Szene einsetzen sollte. Eine Generalrevision der Kinderbildungspolitik wie von Minister Stamp angekündigt finde jedenfalls nicht statt.

Stephen Paul (FDP) betont, vorliegend spreche man lediglich über die Überbrückungsfinanzierung, weshalb es auch nicht um die Beitragsfreiheit gehe. Bei der Überbrückungsfinanzierung habe man eine großzügige Lösung geschaffen, die allseits positiv bewertet werde. Es gebe eine breite gesellschaftliche Anerkennung, was der Vorgängerregierung und der sie tragenden Landtagsmehrheit eben nicht gelungen sei.

Der Minister habe im Fachausschuss die Eckpunkte des neuen KiBiz vorgestellt. Dass man aber in der Neuregelung des KiBiz nicht den ziemlich großen Wurf erkennen könne, der landesweit Sicherheit schaffe, den Kommunen weit entgegenkomme und an dem in den großen Runden der Fachgespräche auf Arbeitsebene immer wieder auch die freien Träger beteiligt worden seien, könne er nicht nachvollziehen.

Dr. Ralf Nolten (CDU) schließt sich Stephen Paul an.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf anzunehmen.

